

Perspektiven für die Berufsbildung

Bildungspolitische Statements der vier im Bundestag vertretenen Parteien

Vor welchen Herausforderungen steht die Berufsbildung und welcher bildungspolitische Handlungsbedarf ergibt sich daraus? Zu fünf Themen – Attraktivität der dualen Ausbildung, Passungsproblemen am Ausbildungsmarkt, Integration geflüchteter Menschen, Qualifizierung in der digitalen Wirtschaft und Berufsschulen als dualer Partner – hat die BWP-Redaktion Mitglieder des Ausschusses »Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung« der im Bundestag vertretenen Parteien um Statements gebeten. Sie bieten einen Überblick über unterschiedliche Schwerpunktsetzungen in den parteipolitischen Positionen und Programmen.

1.

Attraktivität: Die duale Ausbildung gilt nach wie vor als zentrale Säule der Fachkräftequalifizierung in Deutschland, gerät jedoch zunehmend unter Druck: Immer mehr Jugendliche entscheiden sich für ein Studium, auch schulische Ausbildungsgänge erfreuen sich einer wachsenden Nachfrage.

BWP Herr Feist, bietet die betriebliche Berufsbildung genügend attraktive Karrierepfade?

FEIST Ja, das tut sie. Mit einer beruflichen Qualifizierung kann man schon heute jede Position erreichen, nur wissen dies zu wenige. Betriebliche Karrierepfade müssen daher von der Ausbildung bis zum Meister schon in der Berufsorientierung transparent dargestellt werden.

Der Bildungstrend zeigt, dass Eltern und Jugendliche wissen, dass Bildung unerlässlich für ein erfülltes und erfolgreiches Leben ist. Das darf junge Menschen jedoch nicht in akademische Pfade zwingen. Gerade die betrieblichen Optionen bieten jungen Erwachsenen Chancen zur Selbstentfaltung, zur konkreten Anwendung des Gelernten sowie zur individuellen Weiterentwicklung.

Eine betriebliche Ausbildung ist der erste Schritt eines lebenslangen Prozesses. Auf die Ausbildung folgen Qualifikationen der beruflichen Fortbildung. Diese werden wir

in einem System der »Höheren Berufsbildung« verankern, das auf der Tertiärstufe gleichwertig neben dem akademischen System steht und auf Spezialisten- und Führungsfunktionen sowie Unternehmens-

nachfolgen vorbereitet. Die konkrete Umsetzung erfolgt in klar nachvollziehbaren Berufslaufbahnkonzepten, die Perspektiven bis zur fachlichen Spitze auf den DQR-Stufen 5 bis 7 aufzeigen.

BWP Herr Spiering, wie kann es gelingen, durch Berufsorientierung in der Schule mehr junge Leute für eine duale Ausbildung zu gewinnen?

SPIERING Berufsorientierung muss frühzeitig an allen Schulformen durchgeführt werden mit Informationsveranstaltungen, Praktika, Betriebsbesichtigungen. Was immer sehr gut ankommt, ist der Besuch eines Azubis in den Klassen, der ungefiltert über seine Ausbildung berichtet. Berufsorientierung sollte auch an Gymnasien die Chancen einer dualen Ausbildung als Alternative zum Studium vermitteln.

BWP Frau Hein, stimmt die Qualität der dualen Ausbildung nicht mehr oder warum findet die Berufsbildung weniger Zuspruch?

HEIN Ich teile die Auffassung nicht, dass die Berufsbildung zu wenig Zuspruch findet. Solange sich immer noch mehr junge Menschen um einen Ausbildungsplatz bewerben als betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, haben wir kein Akzeptanz-, sondern ein Versorgungsproblem. Hinzu kommen die jährlich etwa 200.000 Ausbildungen in den nicht dual geregelten Berufen. Dennoch muss ange-

Befragte Mitglieder des Bundestagsausschusses Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

- › DR. THOMAS FEIST (CDU/CSU)
- › RAINER SPIERING (SPD)
- › DR. ROSEMARIE HEIN (DIE LINKE)
- › BEATE WALTER-ROSENHEIMER (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

sichts der steigenden Zahlen unbesetzter Ausbildungsplätze nachgedacht werden. Sie konzentrieren sich auf wenige Branchen. Doch da gibt es Ursachen: Azubis klagen über ausbildungsfremde Tätigkeiten, sie haben keinen Ausbildungsplan und wenn, wird er nicht immer eingehalten. Sie haben keinen Ausbilder oder sehen ihn zu selten, müssen Überstunden leisten, die nicht immer abgegolten werden. Nicht selten wird der Jugendarbeitsschutz verletzt.

DR. ROSEMARIE HEIN
(DIE LINKE)



»Solange sich immer noch mehr junge Menschen um einen Ausbildungsplatz bewerben als betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, haben wir kein Akzeptanz-, sondern ein Versorgungsproblem.«

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass gesetzlich vorgeschriebene Qualitätsparameter in allen Ausbildungsbetrieben einzuhalten sind. Wir brauchen u. a. bessere Kontrollen durch die Kammern und eine unabhängige Beschwerdestelle für Azubis. Dafür müssen die Kompetenzen der Berufsbildungsausschüsse erweitert werden. Wir wollen die Wertigkeit der Berufsschulen im Rahmen der Gesamtbildung erhöhen. Für all das und mehr muss das BBiG angepasst werden, damit es seine positive Wirkung weiter entfalten kann. Wir haben darum einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht.

BWP Frau Walter-Rosenheimer, einige junge Menschen finden erst nach Abbruch eines Studiums den Weg in die Berufsausbildung. Womit kann eine duale Ausbildung bei Jugendlichen mit Hochschulzugangsberechtigung von vornherein mehr punkten?

WALTER-ROSENHEIMER Die hohe Zahl an Studienabbrückerinnen und Studienabbrüchern ist ein eindeutiges Indiz dafür, dass wir die Beratungsstrukturen rund um die Ausbildungs- und Studienwahl verbessern müssen. Denn nicht für alle ist der Schritt an eine Hochschule der richtige. Kompetente und frühzeitige Berufsberatung kann Vorurteile und falsche Erwartungen entkräften und realistisch über Berufsbilder und Karrierewege informieren. Diese Beratung und Orientierung muss endlich flächendeckend alle Schülerinnen und Schüler von der Hauptschule bis zum Gymnasium erreichen. Durch das Kooperationsverbot müssen mühselig bilaterale Vereinbarungen mit jedem Bundesland geschlossen werden. Was für eine

Zeit- und Energieverschwendung! Wir Grüne stehen für die vorbehaltlose Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung. Das heißt für mich zugleich auch Durchlässigkeit. Wer nach dem Schulabschluss eine Ausbildung beginnt, muss von Anfang an sehen können, wie es danach bildungsmäßig weitergeht. Eine verstärkte Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung über die jüngsten Öffnungen beim Meister-BAföG hinaus und die gezielte Betreuung beruflich Qualifizierter an den Hochschulen über den Hochschulpakt sind dabei nur zwei Baustellen, die dringend angegangen werden müssen.

BWP Die Grünen plädieren für eine Ausbildungsgarantie. Frau Walter-Rosenheimer, wie wollen sie diese bei der aktuellen Lage am Ausbildungsmarkt realisieren?

WALTER-ROSENHEIMER Gerade diese Passungsprobleme und regionalen Disparitäten sind der Grund, warum es höchste Zeit für eine Ausbildungsgarantie ist. Wir setzen da-

bei an mehreren Punkten an. Einerseits müssen Bund und Länder gemeinsam die staatliche Ergänzung des dualen Systems von parallelen Angeboten hin zur gezielten Förderung und Unterstützung im Betrieb verschieben. Dafür wollen wir die Assistierte Ausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen ausbauen. Auf diese Weise schaffen mehr Jugendliche den direkten Sprung in die Ausbildung. Die Jugendlichen, die trotz Unterstützung im Betrieb noch nicht so weit sind, erhalten die Möglichkeit, in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte eine praxisnahe Ausbildung zu absolvieren, in der Ausbildungsteilabschnitte mit

2. Passungsprobleme: 43.500 unbesetzten Ausbildungsplätzen stehen 80.600 unversorgte Ausbildungsinteressierte gegenüber – so die Ausbildungsmarktbilanz für das Jahr 2016. Dabei gibt es erhebliche Unterschiede je nach Beruf und Region.

passgenauer Unterstützung angeboten werden. Mit der Bündelung der heute unstrukturierten Fördermaßnahmen am Übergang Schule – Beruf schaffen wir ein effizientes und zielführendes Angebot, das allen Jugendlichen sichere Wege in die Ausbildung mit anerkanntem Berufsabschluss ebnet. Besonders für KMU ist dieses Modell attraktiv. So entstehen zusätzliche Ausbildungsplätze nach dem dualen Prinzip, die unabhängig von konjunkturellen Schwankungen und regionalen Entwicklungen allen Jugendlichen die Chance auf einen Berufsabschluss ermöglichen.

BWP Herr Feist, in Österreich wird in Ergänzung zur Ausbildungsgarantie eine Ausbildungspflicht bis 18 eingeführt.

Könnte das aus Ihrer Sicht auch ein Erfolg versprechendes Modell für Deutschland sein?

FEIST Die in Österreich geplante Ausbildungspflicht schreibt vor, dass Jugendliche nach Abschluss der allgemeinen Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr eine weitere Ausbildung bekommen. Dabei ist die duale Ausbildung nur eine unter mehreren Formen. Der Besuch einer weiterführenden Schule, die Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für Jugendliche mit Assistenzbedarf oder an bestimmten Praktika gilt als Ausbildung.

Aufgrund der Kultushoheit der Länder existieren in Deutschland zwar viele Unterschiede, doch besteht in 13 von 16 Bundesländern eine sogenannte Berufsschulpflicht, welche Schulabsolventen in der Regel für ein bis drei Jahre, jedoch mindestens bis zum Abschluss des 18. Lebensjahrs zum Besuch einer Berufsschule, einer weiterführenden Schule oder eines Berufsvorbereitungsjahrs verpflichtet. Eine bundesweite Ausbildungspflicht würde also erstens der grundgesetzlichen Aufgabenteilung widersprechen und zweitens keine Veränderung bewirken. Nur die Gewinnung gerade kleiner und mittelständischer Unternehmen für mehr Ausbildungsverantwortung kann hier etwas ändern. Zugleich gilt es, Auszubildende durch verbesserte Mobilitätsförderung und ein breiteres Angebot von Wohnmöglichkeiten bei einer Ausbildung jenseits ihrer Heimat zu unterstützen.

BWP Die Ausbildungsbetriebsquote ist weiter gesunken und liegt aktuell bei 20 Prozent. Herr Spiering, wie kann die Ausbildungsbereitschaft gerade bei KMU wieder erhöht werden?

SPIERING Die in der Allianz für Aus- und Weiterbildung festgelegten Instrumente ausbildungsbegleitende Hilfen und Assistierte Ausbildung müssen stärker beworben werden, u. a. von den Kammern. Dann trauen sich kleinere Betriebe eventuell auch zu, einen Jugendlichen auszubilden, der auf den ersten Blick vielleicht nicht die idealen Voraussetzungen mitbringt. Außerdem

muss den KMU klar werden, dass Ausbildung auch zur ihrer Fachkräftesicherung beiträgt. Sie können nicht erwarten, dass andere dies für sie erledigen. Bei Kleinstbetrieben kann man auch über Verbundausbildung nachdenken. Auf jeden Fall brauchen KMU eine gute Beratung und ggf. Unterstützung bei der Ausbildung.

BWP Frau Hein, DIE LINKE hat das Modell der solidarischen Umlagefinanzierung in die Diskussion gebracht. Wie wollen Sie Betriebe überzeugen, sich daran zu beteiligen?

HEIN Alle jungen Menschen haben ein Recht auf eine gute berufliche Erstausbildung. Die Pakte und Allianzen, die dafür geschlossen wurden, entfalten zu wenig Wirkung. Darum wollen wir einen Rechtsanspruch gesetzlich (Grundgesetz, SGB VIII und BBiG) festlegen. Wirtschaft und Staat haben gleichermaßen eine Verantwortung, diesen Rechtsanspruch und die Ausbildungsfinanzierung zu erfüllen. Dazu gehört auch eine Mindestausbildungsvergütung. All das muss finanziert werden. Dafür bedarf es einer Umlagefinanzierung, in die alle Betriebe ohne Ausnahme einzahlen. Ausbildende Betriebe erhalten aus diesem Fonds dann eine Zahlung oder werden von der Umlage freigestellt. Das wäre solidarisch, denn letztlich profitieren alle Unternehmen und Branchen von gut ausgebildeten Fachkräften. Das Modell dafür gibt es schon seit Jahren in der Bauwirtschaft. Es gibt auch noch andere Finanzierungsmodelle. Auch für die nicht dual ausgebildeten Berufe bedarf es einer Finanzierungslösung. Darum plädieren wir für ein Gesetz.

3. Berufsbildung 4.0: Infolge des technologischen Wandels verändern sich Tätigkeiten in allen Wirtschaftsbereichen und steigen die Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten. Aufgabe der Berufsbildung ist es, diese Veränderungen zu verfolgen und mitzugestalten.

BWP Beim Akronym 4.0 befürchten nicht wenige Menschen, dass ihre Arbeit künftig von Robotern ausgeführt wird. Herr Feist, wie kann Politik diese Sorgen aufgreifen und in bildungspolitischer Hinsicht darauf reagieren?

FEIST Zuerst, indem solcher Panikmache klar widersprochen wird. Die hierzu meist zitierten Studien bezogen sich nicht auf Deutschland. Für Deutschland ist die Entwicklung zu »4.0« und zu mehr Digitalisierung vielmehr eine große Chance, da wir schon jetzt zum großen Teil Beschäftigung haben, die nicht im gering qualifizierten Sektor liegt. Zudem ist der deutsche Mittelstand hoch innovativ, in vielen Marktsegmenten international führend. Vor Modernisierung müssen wir uns also nicht fürchten. Bildungspolitisch und individuell wichtig ist jedoch, Vorsorge zu treffen, um kommenden Entwicklungen folgen oder sie gar mitbestimmen zu können. Daher



RAINER SPIERING
(SPD)

»Den KMU muss klar werden, dass Ausbildung auch zu ihrer Fachkräftesicherung beiträgt. Sie können nicht erwarten, dass andere dies für sie erledigen.«

DR. THOMAS FEIST
(CDU/CSU)



»Wer bei uns einen beruflichen Abschluss macht, wird nicht Getriebener, sondern versierter Anwender des digitalen Wandels sein.«

müssen und wollen wir in den kommenden Jahren eine Vielzahl weiterer Ausbildungsordnungen modernisieren und an die neuen Gegebenheiten anpassen. Wer bei uns einen beruflichen Abschluss macht, wird nicht Getriebener, sondern versierter Anwender des digitalen Wandels sein. In der Fläche unterstützen wir dabei Unternehmen und Auszubildende mit der besseren Ausstattung überbetrieblicher Ausbildungszentren. Künftige Anforderungen an Ausbilder erforschen wir aktuell und machen sie somit fit für die Zukunft. Vor allem aber müssen wir wieder mehr Interesse an Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, gerade auch in ihrer praktischen Anwendung, wecken.

BWP Herr Spiering, anders als für Großbetriebe bedeutet es für viele KMU einen erheblichen Kraftakt, mit den technologischen Entwicklungen mitzuhalten. Welche Unterstützung kann Bildungs- und Mittelstandspolitik hier initiieren?

SPIERING Die Betriebe sollten mit den Berufsschulen eng zusammenarbeiten und es ist sicherzustellen, dass die Schulen mit der neuesten Technologie ausgestattet sind. Darüberhinaus muss der Bund die Möglichkeit erhalten, den Kommunen Geld für ihre Berufsschulen zu geben, Stichwort Kooperationsverbot. Ausbildungsbereite Betriebe können sich mit anderen kleinen Betrieben zusammenschließen und eine sogenannte Verbundausbildung anbieten. Unterstützung sollten sie von den örtlichen Kammern bekommen.

BWP Die Digitalisierung verändert nicht nur das Arbeiten, sondern auch das Lernen. Frau Hein, wie können Lehrkräfte und das betriebliche Bildungspersonal in medienpädagogischer Hinsicht fit gemacht werden?

HEIN Der Einfluss der Digitalisierung und Mediatisierung trifft alle beruflichen Felder in irgendeiner Form. Doch es geht dabei nicht nur um Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte und Auszubildenden in Schule und Betrieb. Berufsschulen, Betriebe und außerbetriebliche Ausbildungsstellen müssen bei der Bewältigung der Herausforderungen unterstützt werden. Da geht es auch um technische Ausstat-

tungen, Administration und Erneuerung der Systeme. Das gilt für alle Berufe, auch die außerhalb des dualen Systems. Dafür braucht man vor allem eine verlässliche Finanzierung, an der sich der Bund dauerhaft beteiligen muss. Für eine entsprechende Weiterbildung müssen Ausbilderinnen und Ausbilder freigestellt und die Kosten dafür vom Arbeitgeber übernommen werden. Wichtig ist es auch, die Lehrerbildung an Hochschulen so zu gestalten, dass die künftigen Lehrkräfte mit guten Kompetenzen für die Ausbildung 4.0 in die Schulen kommen.

BWP Frau Walter-Rosenheimer, mithilfe des Digitalpakts wollen Bund und Länder gemeinsam die notwendige Modernisierung der Schulen vorantreiben. Welche Themen sollte die im Januar eingesetzte Arbeitsgruppe vorrangig in Angriff nehmen?

WALTER-ROSENHEIMER Bevor die Arbeitsgruppe überhaupt irgendwelche Themen in Angriff nimmt, erwarten wir von Bundesbildungsministerin Wanka eine klare Aussage zur Finanzierung. Die angekündigten fünf Milliarden Euro sind unseres Wissens nach noch längst nicht in trockenen Tüchern, sondern drohen im Zuge der Aufstockung des Verteidigungsetats unter die Räder zu kommen. Sobald die Finanzierung gesichert ist, sollte die Arbeitsgruppe aber die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Berufsschulen gleichberechtigt einbezogen werden. Ergebnis der Verhandlungen sollte eine möglichst flexible Förderstruktur sein, die den unterschiedlichen fachlichen und regionalen Notwendigkeiten der Lernorte gerecht wird. Neben der Flexibilität muss aber auch die Nachhaltigkeit groß geschrieben werden. Damit der Digitalpakt kein Strohhalm wird, müssen die Länder dafür sorgen, dass in den Schulen sowohl das Lehrpersonal als auch die digitale Ausstattung langfristig auf dem neuesten Stand gehalten werden. Hier weist der KMK-Beschluss vom Dezember 2016 in die richtige Richtung. Nun muss nur noch Herr Dobrindt dafür sorgen, dass der Breitbandausbau auch in ländlichen Regionen vorankommt. Denn offline hilft auch das beste Tablet nichts.

4. Integration geflüchteter Menschen: Erst ein kleiner Teil der nach Deutschland eingewanderten jungen Menschen ist im Ausbildungs- und Beschäftigungssystem angekommen. Stattdessen verzeichnet der Übergangsbereich aktuell wieder Zuwächse. Neben beruflichen Grundkenntnissen erwerben geflüchtete junge Menschen hier auch die deutsche Sprache.

BWP Frau Hein, was bleibt zu tun, damit junge Geflüchtete, die sich derzeit im Übergangsbereich befinden, zügig in Ausbildung und Beschäftigung integriert werden?

HEIN Die Integration Geflüchteter ist oft mit großen Hürden verbunden. Ich nenne hier nur die immer noch zögerlichen Entscheidungen bei Asylanträgen und die damit verbundene Residenzpflicht, aber auch die Einschränkung durch die sogenannte Bleibeperspektive. Diese Hürden müssen schnellstmöglich abgebaut und ein rascher Zugang zu Sprach- und Integrationskursen gewährleistet werden. Denn für die Aufnahme einer Ausbildung ist oft die erfolgreiche Teilnahme an einem solchen Kurs Voraussetzung. Doch das Erlernen der deutschen Sprache ist auch in Berufsschulen mit speziellen Angeboten möglich. Nun ist die Berufsschulpflicht bundesweit unterschiedlich geregelt. DIE LINKE fordert daher eine bundesweit einheitliche gesetzliche Regelung.

Unternehmen, die Geflüchteten eine Berufsausbildung ermöglichen wollen, brauchen mehr Unterstützung und Sicherheiten für die Aufenthaltsdauer der Auszubildenden in Deutschland, auch nach einem Berufsabschluss. Dafür sollen die Berufsausbildungsbeihilfe, die Assistierte Ausbildung und weitere ausbildungsbegleitende Hilfen ausgebaut werden.



BEATE WALTER-ROSENHEIMER
(Bündnis 90/Die Grünen)

»Wir fordern im Rahmen der Grünen Ausbildungsgarantie ein Integrationsmodul, das Sprachförderung mit sozialpädagogischer Unterstützung und betrieblichen Praktika kombiniert.«

BWP Der unsichere Aufenthaltsstatus stellt für viele eine Hürde beim Zugang in berufliche Bildung dar. Frau Walter-Rosenheimer, wo sehen Sie Ansatzpunkte, um die Integration zu erleichtern?

WALTER-ROSENHEIMER Anstatt Integration zu fördern, differenziert die Bundesregierung beim Zugang zu Integrationsangeboten kleinteilig nach Aufenthaltsstatus und Bleibeperspektive. Bildungspolitisch halte ich das für grundfalsch. Und es ist auch volkswirtschaftlich ein ziemlicher Unsinn, lernmotivierte junge Menschen in Zeiten zunehmender Fachkräfteengpässe von Qualifizierungsangeboten fernzuhalten. Wir fordern im Rahmen der Grünen Ausbildungsgarantie ein Integrationsmodul, das Sprachförderung mit sozialpädagogischer Unterstützung und betrieblichen Praktika kombiniert. Unabhängig vom Aufenthaltsstatus erhalten Geflüchtete direkt im Anschluss an ihren Schulbesuch oder auch parallel zu und nach den Integrationskursen die Chance, Berufe und Karrierewege kennenzulernen und eigene Potenziale zu entdecken. Wir

möchten denen, die lernen wollen, eine Sicherheit geben, von der doch auch unsere Gesellschaft und Wirtschaft profitiert. Auch Asylbewerberinnen und Asylbewerber und Geduldete sollten deshalb die Sicherheit haben, in Deutschland bleiben zu dürfen, solange sie sich auf die Ausbildung vorbereiten. Bei einem anschließenden Übertritt in eine betriebliche, schulische oder überbetriebliche Ausbildung wird ihnen eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer der Ausbildung und einer anschließenden Beschäftigung erteilt, die auch bei einem Wechsel des Ausbildungsplatzes fortbesteht.

BWP Herr Spiering, werden wir mit Blick auf die anstehenden Integrationsleistungen Zugänge in Ausbildung flexibler gestalten müssen? Wie könnte das aussehen?

SPIERING Ich bin strikt gegen eine Modularisierung der Ausbildung, weil sie die duale Ausbildung unterhöhlt. Junge Flüchtlinge und leistungsschwache Jugendliche sollten gemäß dem Hamburger Modell erstmal in die Berufsschule gehen und dort auf eine duale Ausbildung vorbereitet und anschließend in einen Betrieb vermittelt werden.

BWP Das Anerkennungsgesetz feierte im April sein fünfjähriges Bestehen. Haben wir damit einen rechtlichen Rahmen, der uns bei der zügigen Integration geflüchteter Menschen hilft oder sehen Sie Optimierungsbedarf, Herr Feist?

FEIST Mit dem Anerkennungsgesetz haben wir eine Lösung gefunden, die ausländischen Fachkräften den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtert und eine sichere Grundlage zur Bewertung von Qualifikationen bietet. Mit der Plattform »Anerkennung in Deutschland« und dem »BQ-Portal« mit aktuell 79 Länderprofilen und über 2.600 Berufsprofilen gelingt es, im Ausland erworbene Qualifikationen einzustufen.

Auch für Geflüchtete ist das System eine stabile Basis, um vorhandene Qualifikationen übertragen zu können. Allein für Syrien als Hauptherkunftsland verzeichnet das Portal 36 erfasste Berufsprofile, weitere werden folgen. Damit senken wir Einstieghürden und erleichtern gesellschaftliche Integration.

Erst im vergangenen Jahr stellte das BMBF rund 130 Millionen Euro zusätzlich für den Erwerb der deutschen Sprache, die Feststellung von Kompetenzen und Potenzialen von Flüchtlingen und für die Integration in Ausbildung und Beruf zur Verfügung. Unser Ziel ist es, durch wissenschaftlich fundierte Analysen künftig Kompetenzen auch bei Fehlen entsprechender Zeugnisse feststellen und zertifizieren zu können, damit niemand auf der Strecke bleibt, der sich rechtmäßig in Deutschland aufhält.

BWP Herr Spiering, Berufsschulen sind nicht nur Teilzeitberufsschulen, sondern bieten eine Vielzahl von Bildungsgängen an. Ist das eine Chance oder Last, um sich als Bildungsanbieter in der Region zu profilieren?

SPIERING Eindeutig eine Chance! Da in den Berufsschulen ausgebildete Fachkräfte und technische Ausstattung vorhanden sind, sollte dies vielfältig genutzt werden, zum Beispiel für den gesamten Weiterbildungsbereich. Auch Jugendliche mit Förderbedarf können von dem Besuch einer Berufsschule profitieren, indem ihnen die Chancen einer dualen Ausbildung aufgezeigt werden. Statt immer wieder neue externe Träger zu beauftragen, kann dies zukünftig in einer Hand über die Berufsschulen laufen. Auch als Partner im Übergangssystem bieten sich die Berufsschulen an, denn dort können Jugendliche optimal auf eine Ausbildung vorbereitet werden.

BWP Durch den demografischen Wandel und die zunehmende Studienneigung haben Berufsschulen Schwierigkeiten, Fachklassen zu füllen. Frau Hein, welche Ansätze sind gefragt, um Berufsschulunterricht wohnort- und ausbildungsplatznah in der Fläche sichern zu können?

HEIN Die Zahl der Teilzeitberufsschülerinnen und -schüler in Fachklassen ist gekoppelt an duale Ausbildungsplätze. Das heißt, nur wenn Betriebe und Unternehmen einer Branche vor Ort Ausbildungsplätze vorhalten (können), wird es dort auch Fachklassen geben. Ändern sich das Angebot und/oder die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und damit die Fachklassengröße, sind neue Wege in der Berufsschulstruktur und ein Umdenken in der Ausbildungsorganisation gefragt. Diese neuen Wege könnten u. a. kleinere Fachklassen, die Finanzierung der Schülerbeförderung oder auch die Zusammenlegung von vergleichbaren Berufen sein. Auch über Kooperationen mit überbetrieblichen Einrichtungen oder den Ausbau von Aufgaben, die die Berufsschulen schon jetzt übernehmen, z. B. Angebote zur Aufstiegsfortbildung oder für Geflüchtete, könnte nachgedacht werden. Einen Königsweg gibt es nun einmal leider nicht.

BWP Frau Walter-Rosenheimer, Inklusion und Digitalisierung sind nur zwei zentrale Herausforderungen, die Berufsschulen zu bewältigen haben. Wie können sie dabei unterstützt werden, Bildung für alle auf hohem Niveau anbieten zu können?

WALTER-ROSENHEIMER Da die Sicherung qualitativ hochwertiger, inklusiver und zukunftsfähiger beruflicher Schulen im Rahmen der dualen Ausbildung eine gesamtstaatliche Aufgabe ist, muss sich auch die Bundesebene an der Finanzierung beteiligen. Wir haben uns schon im Haushaltsverfahren für dieses Jahr dafür eingesetzt, Länder und

Kommunen über ein bundesseitiges Auf- und Ausbauprogramm für die beruflichen Schulen zu unterstützen. Leider sind die Koalitionsfraktionen uns dabei nicht gefolgt. Auch der vom ehemaligen Bundeswirtschaftsminister angekündigte Berufsschulpakt ist bisher in keinem Haushalt hinterlegt. Bildung für alle auf hohem Niveau beinhaltet immer auch die Frage nach ausreichenden Mitteln für gut ausgebildetes Personal. Im Rahmen der Qualitätsoffensive Lehrerbildung sind bereits Mittel an die Hochschulen für die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Berufsschullehrkräften geflossen. Um das hohe Niveau der beruflichen Schulen auf Dauer zu halten, muss hier nachfinanziert werden. Mit den steigenden Anforderungen steigen auch die Anforderungen an das Lehrpersonal. Trotz Länderzuständigkeit kann sich der Bund hier nicht aus der Verantwortung stellen und muss die Aus-, Fort- und Weiterbildung nachhaltig unterstützen.

5. Lernort Berufsschule: Eine zentrale Funktion im System der Berufsbildung haben die Berufsschulen. Ihrer Bedeutung wird die personelle und technische Ausstattung jedoch nicht immer gerecht, zudem macht ihnen der demografische Wandel zu schaffen. Zur Zukunftssicherung sind tragfähige Konzepte gefragt.

BWP Herr Feist, mit der wachsenden Nachfrage nach dualen Studiengängen bekommen die Berufsschulen zunehmend Konkurrenz durch die Hochschulen. Wie kann sich die Berufsschule als dualer Partner behaupten?

FEIST Die Berufsschulen in Deutschland geben der erfolgreichen dualen Lernortkooperation als tragender Pfeiler Struktur. Das spiegelt sich leider in der Wertschätzung seitens der für sie zuständigen Kultusministerien der Länder nicht immer wider. Wir erwarten von den Ländern, dass sie ihren Aufgaben nachkommen und die beruflichen Schulen sowohl personell als auch technisch so ausstatten, dass sie ihrer Aufgabe auch adäquat nachkommen können. Dazu bedarf es vor allem einer hochwertigen Ausbildung von Berufsschullehrern mit einer angemessenen fachlichen Vertiefung.

Aus dem angekündigten DigitalPakt#D wollen wir jährlich eine halbe Milliarde Euro in die digitale Ausstattung der berufsbildenden Schulen investieren. Eine direkte Konkurrenz zur dualen Hochschule, bei der die eine Institution gewinnt, die andere verliert, sehe ich nicht. Vielmehr ergänzen sich hier Bildungskonzepte für verschiedene Zielgruppen. Unter der Voraussetzung der Durchlässigkeit kann Kooperation zwischen den Akteuren die berufliche Bildung sogar noch stärken, weshalb wir mehr Anreize für funktionierende Netzwerke setzen müssen.

(Fragen: Christiane Jäger und Arne Schambeck)